Maßregeln gegen feindliche Staatsangehörige in Amerika.

Washington, 8. Dezember. (Reuter.) Infolge der Kriegserklärung gegen Oesterreich-Ungarn wird eine Million Personen, die lange verdächtig waren, die Kriegspläne der Regierung zu hindern, verhaftet und interniert werden, wenn sie die Behörden nicht von ihrer Unschuld überzeugen können, daß sie friedliche Absichten haben. Alle Munitionsanlagen usw. ferngehalten werden.

Auch Ekuador.

Reuter meldet aus Guayaquil: Amtlich wird mitgeteilt, daß Ekuador die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen hat.

Deutsches Reich.

Zentrum und Wahlreform.

Im parteilosen Tag. im alldeutschen Düsseldorfer Generalanzeiger und im ultramontanen Düsseldorfer Tageblatt befaßt sich der Zentrumsabgeordnete Dr. Brockmann zur gleichen Zeit mit der preußischen Wahlreformvorlage. Er bezeichnet das von der Regierung vorgeschlagene gleiche Wahlrecht als ein solches, das „mit größter Nivellierung arbeitet", und er spricht wiederholt gegen das „ungehemmte gleiche Wahlrecht". Brockmanns Darlegungen im Düsseldorfer Tageblatt (Nr. 338) bestätigen, was wir stets gesagt haben, daß das Zentrum niemals ehrlich für das gleiche Wahlrecht gewesen ist. Brockmann erinnert daran, daß Karl Bachem 1893 im Landtage nur erklärt habe, „daß die Partei für das allgemeine, direkte Wahlrecht eintrete". Als Windthorst und Graf Hompesch die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen anstrebten, hätten sie sich von der Annahme leiten lassen, daß „das gleiche Wahlrecht keine starke, jedenfalls keine unerträgliche Verschiebung des sozialistischen Elements in die preußische Zweite Kammer bringe. Das habe Windthorst ausdrücklich gesagt. Bekanntlich hat ja Graf Galen erst vor einigen Wochen auf dem Westfälischen Provinztag des Zentrums erklärt, wenn früher das Zentrum das gleiche Wahlrecht gefordert habe, so habe „keine Gefahr bestanden, es zu erreichen". — Auf der Hausbesitzertagung Anfang Dezember trat der Zentrumsabgeordnete Graf Spee in Arnsberg mit dem konservativen Abg. Hammer gegen das gleiche Wahlrecht in die Schranken. Es ist auch nicht zweifelhaft, daß mit vielen anderen im Zentrum sogar ein Mann wie Giesberts statt des in der Vorlage geforderten gleichen Wahlrechts lieber ein solches mit Zusatzstimmen für Alter und Kinderzahl gesehen hätte. Offiziell hat das preußische Zentrum das gleiche Wahlrecht übrigens in seinem Wahlaufruf von 1906 fallen gelassen.

Ueber die Haltung der Zentrumsfraktion des preußischen Landtags zur Wahlreform schreibt Dr. Brockmann in dem Düsseldorfer Zentrumsblatt:

„Ein großer Teil der Fraktion, ob eine Majorität oder eine Minorität, wird die Zukunft lehren, wird sich auch mit mehr oder minder großen Bedenken ganz auf den Boden der Regierungsvorlage stellen. Der andere Teil der Fraktion erwartet von den Kommissionsberatungen die Verbesserung der Vorlage nach der Seite der Schaffung von Kautelen für die Vermeidung einer allzu radikalen Auswirkung des Gesetzes hin. Ich für meinen Teil habe, worüber ich an dieser Stelle auch keinen Zweifel lassen will, den Wunsch, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht der Vorlage veredelt werde durch Zusatzstimmen a) für ein bestimmtes Alter und b) für die Unterhaltung einer bestimmten Anzahl von Kindern. Durch die Einfügung entsprechender Paragraphen in das Gesetz würde nach meiner sicheren Ueberzeugung ein konservatives Element in das neue Wahlrecht hineinkommen, das die schlimmsten oben angedeuteten Sorgen zu bannen geeignet wäre."

Die Köln. Volksztg. (Nr. 956) meinte nach der Rede des Ministers Drews, es sei „vielleicht noch nicht ganz ausgemacht", ob der Minister am Ende „Mehrstimmen für eine gewisse Kinderzahl oder für reiferes Alter, die auch heute noch mehrfach vorgeschlagen werden, unbedingt ablehnen würde".

Ausland.

Portugal.

Eine Revolution.

Das Reuterbureau meldet aus Madrid: Laut Telegramm aus Oporto ist in Lissabon die Revolution ausgebrochen. Einzelheiten fehlen. Auch in Oporto kam es am 6. Dezember zu Unruhen. Der Pöbel plünderte die Bäckerläden. Zwei Personen wurden getötet, 60 ins Spital gebracht und 70 verhaftet. Die Menge jubelte den Soldaten, die nicht eingriffen, zu.

Die Revolution in Oporto schloß mit einem Erfolge der Revolutionäre. Die Regierung demissionierte und Alfonso Costa bildete eine provisorische Regierung, der auch der frühere portugiesische Gesandte in Berlin Sidonio Paes angehört. In Lissabon und Oporto herrscht Ruhe.

Dem Temps wird aus Madrid gemeldet: Man kennt keine Einzelheiten über die Ereignisse in Lissabon. Die Bewegung soll von der Unionistenpartei trotz dem Widerspruche ihrer Führer geleitet sein. Eine latente Ministerkrise hat schon seit einiger Zeit in Portugal bestanden und Alfonso Costa hatte infolge starker Angriffe beschlossen, sein Amt niederzulegen. Das Kabinett sei darauf umgebildet worden; es blieb aus Demokraten zusammengesetzt. Die Krise sei noch nicht gelöst und die Lage noch verwickelt worden durch die Agitation maximalistischer Elemente, die Gegner einer Teilnahme Portugals am Kriege seien und die offen ihre Freude über die italienische Niederlage geäußert hätten. Sie nutzen die Unzufriedenheit aus, die die Entbehrungen und das teuere Leben in der portugiesischen Bevölkerung verursachen.

Sächsische Angelegenheiten.

Geschäftsergebnisse der Landesversicherungsanstalt

Wie in den Vorjahren umfaßte auch im Geschäftsjahr 1916 der Bezirk der Landesversicherungsanstalt Königreich Sachsen alle im Königreiche Sachsen beschäftigten bzw. sich aufhaltenden, der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung unterliegenden Personen, mit Ausnahme der Mitglieder der im Königreich Sachsen zugelassenen besonderen Kasseneinrichtungen, der „Arbeiterpensionskasse der Königlich sächsischen Staatseisenbahnen" in Dresden und der „Allgemeinen knappschaftspensionskasse für das Königreich Sachsen" in Freiberg.

Der Geschäftsumfang ist im Berichtsjahre, wie die in Klammern beigesetzten Ziffern des Vorjahres zeigen, wieder erheblich gewachsen. Es betrug die Zahl der Eingänge 350 361 (im Vorjahre 287 213), die der Abgänge 441 394 (352 692), für den Arbeitstag — das Jahr zu 300 Arbeitstagen gerechnet — also 1168 (957) Ein- und 1472 (1176) Abgänge. — Rentenansprüche wurden im Berichtsjahre 30 461 (15 246) erhoben, also doppelt soviel, wie im Vorjahre 1915, und zwar 19 199 (13 925) Ansprüche auf Invaliden- und Krankenrente und 11 262 (1321) auf Altersrente. Die Zunahme der Zahl der Invaliden- und Krankenrentenansprüche um die hohe Zahl von 5274 ist auf das starke Anwachsen der Rentenanträge Kriegsbeschädigter, bei den Altersrenten auf die Herabsetzung der Altersgrenze vom 70. auf das 65. Lebensjahr zurückzuführen. — Die Zahl der Anträge auf Bewilligung von Hinterbliebenenfürsorge an Witwen und Waisen verstorbener Versicherter betrug 24 079, ist also gegen das Vorjahr mit 22 277 Anträgen nur wenig gewachsen.

Bewilligt wurden 15 818 (11 973) Invaliden- und Krankenrenten zum durchschnittlichen Jahresbetrage von 193,04 M. bei den Invaliden und 185,67 M. bei den Krankenrenten sowie 9794 (1091) Altersrenten mit durchschnittlich 182,70 M., zusammen also 25 612 (13 064) Renten an Versicherte; ferner 1383 Witwen- und bzw. 83,27 M. (81,13 M.), 6221 Waisenrenten zu durchschnittlich 77,60 M. (68,65 M.) jährlich für 18 983 bezugsberechtigte Waisen sowie 4746mal Witwenwaise mit durchschnittlich 80,84 M. (79,15 M.) und 176mal Waisenaussteuer mit 24,53 M. (23,79 M.); 6138mal wurde ein Anwartschaftsbescheid erteilt.

Die Heilstättenbehandlung wurde durch den Krieg und die dadurch verursachten Einberufungen beeinträchtigt; dadurch ging insbesondere die Zahl der Heilbehandlungen von Männern zurück. In den eigenen Heilstätten wurden 2902, das sind 63,3 Prozent aller abgeschlossenen ständigen Heilbehandlungen, durchgeführt, 683 in der Lungenheilstätte Hohwald und 1319 in der Heilstätte bei Gottleuba. Wie im Vorjahre waren in beiden Heilstätten dem Landesausschuß der Vereine vom Roten Kreuz im Königreiche Sachsen eine größere Anzahl Betten — in Hohwald bis zu 120, in Gottleuba bis zu 200 — zur Mitbelegung mit Militärpersonen nach Erkrankung bzw. Verwundung zur Verfügung gestellt. Bei Militärpersonen, die vor dem Kriege gegen Invalidität versichert waren, erfolgt die Aufnahme unentgeltlich, bei nichtversicherten Militärpersonen gegen eine Vergütung nach festen Beträgen zur Deckung der Verpflegung. In der Lungenheilstätte Hohwald, die Anfang 1916 einen Bestand von 216 Personen hatte, wurden im Laufe des Jahres von der Landesversicherungsanstalt 695, militärischerseits aus Lazaretten usw. 415, zusammen 1110 eingewiesen, insgesamt also 1326 Kranke verpflegt. Die Zahl der Verpflegtage belief sich auf 51 664 für Versicherte und 36 902 für Militärpersonen, zusammen auf 88 566, der durchschnittliche Krankenbestand auf 242 Personen. Die vorhandenen 260 Betten waren im Berichtsjahre fast immer voll belegt. Die Heilstätte bei Gottleuba ist für Sommer und Winterkuren eingerichtet und für Kranke aller Art bestimmt, soweit sie nicht in eine Lungen- oder Trinkerheilstätte oder eine Heilanstalt für chirurgische, orthopädische, Ohren- oder Augenbehandlung gehören. In 11 Unterkunftshäusern stehen nahezu 600 Betten zur Verfügung. Die Heilstätte war im Berichtsjahre nur wenig über die Hälfte belegt.

Die gesamten Kosten des Heilverfahrens betrugen einschließlich der Aufwendungen für Kriegswohlfahrtspflege 3 245 956,77 M. und übersteigen die Kosten des Vorjahres um 84 667,82 M.

Für Kriegswohlfahrtspflege hat die Landesversicherungsanstalt während des Rechnungsjahres 1916 im ganzen 2 698 848,07 M. ausgegeben, darunter 663 000 M. für Beköstigung, Pflege und Behandlung der in den Heilstätten Gottleuba und Hohwald aufgenommenen Militärpersonen, 340 000 M. an den Landesausschuß für Kriegshilfe in bar gezahlten Monatsbeiträgen zu Unterstützungen verschiedener Art, namentlich auch zur Einrichtung und Unterhaltung von Volksküchen und dergleichen, 6400 M. erhöhte Zuschüsse für Gemeindekrankenpflege, 30 000 M. anteilige Beiträge zur Aufrechterhaltung der freiwilligen Kranken-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung von zum Militärdienst eingezogenen oder unverschuldet arbeitslosen, früher versicherungspflichtigen Personen, 750 000 M. Ehrenspenden an Hinterbliebene von im Kriege gefallenen oder Verwundungen usw. erlegenen Versicherten. Insgesamt haben die Aufwendungen für Kriegswohlfahrtspflege bis Ende 1916 die Höhe von 4 481 722,20 M. erreicht.

Die reine Einnahme aus dem Verkaufe von Beitragsmarken stellte sich im Berichtsjahre auf 18 366 227,09 Mark für 52 841 102 Beitragswochen. Im Vergleich zum Vorjahre 1915 mit einer Reineinnahme von 19 895 547,49 M. für 57 333 869 Beitragswochen ist also im Berichtsjahre ein Rückgang um 1 529 320,40 M. bzw. um 4 492 767 Beitragswochen eingetreten.

Die Leistungen an die Versicherten und ihre Hinterbliebenen sind mit 18 589 155,15 M. um 2 169 373,75 M. höher als im Vorjahre. Es entfallen 15 188 359,37 M. (13 177 811,80 M.) auf Renten und Kapitalabfindungen, 98 967,62 Mark (91 133,83 M.) auf einmalige Zahlungen einschließlich Beitragserstattungen, 3 152 968,04 M. (3 102 897,29 M.) auf Heilverfahren, 65 855,39 M. (59 764,82 M.) auf Invaliden- und Waisenhauspflege für tuberkulos gefährdete Kinder, 52 950,73 M. (48 173,65 Mark) für außerordentliche Leistungen, die in höherem den gesetzlichen Mindestbetrag übersteigenden Hausgelde an die Angehörigen heilbehandelter Versicherter bestehen.

Ende 1916 hatte die Landesversicherungsanstalt ein Vermögen von 254 493 688,25 M., gegen das Vorjahr hat es sich um 6 994 761,01 M. — 2,83 v. H. vermehrt. — Die Kapitalanlagen der Landesversicherungsanstalt hatten Ende 1916 den Wert von 321 618 617,18 M., sie sind im Berichtsjahre um 32 611 176,51 M. gewachsen. Für gemeinnützige Zwecke sind im Jahre 1916 1 487 255,00 M. bis Ende 1916 im ganzen nunmehr 166 597 345 M. ausgeglichen worden, davon 55 192 531 M. zum Bau von Arbeiterfamilienwohnungen, 57 160 231 M. zur Errichtung von Bedürftigenheimen, Herbergen, Gesellenhäusern und 103 428 114 M. zu anderen Wohlfahrtszwecken (für Krankenhäuser, Genesungsheime, Volksheilstätten, Siechenhäuser, Volksbäder, Schlachthäuser, Wasserleitungen, Abwässerbeseitigung; für Erziehung und Unterricht, Hebung der Volksbildung und anderes mehr).

Chemnitz. 17 der bedeutendsten hiesigen Werkzeugmaschinenfabriken, die zusammen über 21 000 Arbeiter beschäftigen, haben sich mit einer Eingabe an das Gesamtministerium gewendet, worin sie bitten, die Staatsregierung möge für die ausreichende Beschaffung von Rohstoffen aller Art eintreten, soweit es sich um nachweisbar kriegswichtige Aufträge dieser Firmen handle.

Chemnitz. Jahrelang Milchfälschungen getrieben hatten der Gutsbesitzer Gustav Becher und seine Ehefrau Anna Becher aus Jahnsdorf bei Stollberg. Sie hatten während der letzten fünf Jahre fortgesetzt gemeinschaftlich Vollmilch durch Entrahmen und Zusatz von Magermilch und Wasser verfälscht. Es handelte sich um eine tägliche Menge von 80 bis 100 Liter. Der Ehemann ist bis zum Jahre 1915 bereits 21mal wegen Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz bestraft worden. Das hiesige Schöffengericht verurteilte die Angeklagten zu je einem Monat Gefängnis und 1200 M. Geldstrafe.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Tödlich verunglückt ist auf dem staatlichen Braunkohlenwerke Herkules bei Hirschfelde der 45 Jahre alte Landsturmsoldat Paul Zeisig. Von einer umstürzenden Lori wurde er so heftig zwischen Kippstange und Gleis gepreßt, daß ihm der Brustkorb eingedrückt wurde und der Tod bald eintrat. Eine Schuld an dem Unfall ist niemand beizumessen. — In einer Leipziger Gastwirtschaft wurde eine Falschmünzerbande von 15 Personen festgenommen.

Parteiangelegenheiten.

Von der Parteipresse.

In den Redaktionsverband der Fränkischen Tagespost ist als politischer Redakteur Genosse Geisler, bisher Redakteur der Münchner Post, eingetreten. Er übernimmt die Stelle des Genossen Erwin Barth, der seit Kriegsbeginn eingezogen ist.

Die Westfälische Allgemeine Volkszeitung in Dortmund bucht einen Abonnentenzuwachs von 2500, der in der Hauptsache datiert seit den Tagen, da unser Dortmunder Parteiblatt auf einige Zeit verboten wurde. Der Arbeits- und Werbegeist der Genossen ist geweckt worden und die Erfolge zeigen sich jetzt.

Eine französisch-sozialistische Studienkommission zur „Befreiung vom Marxismus".

Nach einer Havas-Meldung aus Paris hat sich dort eine Studiengruppe der französischen sozialistischen Partei regelrecht gebildet, die die Befreiung des Sozialismus von dem Einfluß des Marxismus auf der Grundlage des reinen Sozialismus bezweckt. Die Meldung sagt weiter: Prof. Andler kennzeichnet den Treubruch der Sozialdemokratie und den Zusammenbruch der Internationale und verkündet als das zunächst notwendige Ziel, die Lehren des französischen Sozialismus auf der Grundlage der brüderlichen Zusammenarbeit der Klassen einer Durchsicht zu unterziehen. Albert Thomas gab seine Zustimmung. — Man wird erst weitere Nachrichten über die Ursachen und die Absichten dieser Gründung abwarten müssen, bevor ein Urteil über sie gefällt werden kann.

Gewerkschaftsbewegung.

Vertragsverlängerung in der Holzindustrie.

Die Tarifverträge in der Holzindustrie sind um ein Jahr, bis zum 15. Februar 1919, verlängert. Alle Arbeiter erhalten eine weitere Teuerungszulage von 10 Pf., und zwar je 5 Pf. am 15. Februar und am 1. April 1918. Die weiblichen und die jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren erhalten am 15. Februar 1918 eine Zulage von 5 Pf.

Die vertraglich vereinbarte Lohnerhöhung ist die dritte, die der Holzarbeiterverband innerhalb von zwölf Monaten für die Angehörigen des Gewerbes erzielt hat. Durch sie steigt der Lohn in allen Städten um mindestens 45 Pfennig in der Stunde, die Vertragslöhne, die vorher 35 bis 67 Pf. betragen haben, sind jetzt als Mindestlöhne auf 80 Pf. bis 1,15 M. gestiegen. Die klassenweise Regelung der Arbeitszeit bringt für viele Orte eine sehr beträchtliche Arbeitszeitverkürzung, die spätestens am 15. Februar 1920 durchgeführt sein muß.

Mit dieser Vereinbarung hat der Holzarbeiterverband während des Krieges ein Stück weitausschauender Vertragspolitik zu einem vorläufigen Abschluß gebracht. Die mit dem Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe im Laufe der Jahre abgeschlossenen Tarifverträge wiesen in bezug auf Arbeitszeit und Lohnhöhe die größten Unterschiede auf. Bei den im Herbst v. J. geführten Verhandlungen, die im Reichsamt des Innern ihren Abschluß fanden, wurde der erste Versuch einer Vereinheitlichung gemacht. Damals wurden die Vertragslöhne unter 45 Pf. auf 45 Pfennig aufgerundet und um weitere 20 Pf. erhöht. Sie stiegen damit auf 65 Pf. In der gleichen Weise wurden die übrigen Vertragslöhne auf volle 5 Pf. aufgerundet und um weitere 15 bis 18 Pf. erhöht. So entstanden sechs Lohnklassen mit Löhnen von 65 bis 85 Pf. Diese mechanische Klasseneinteilung enthielt aber noch sehr viele Unebenheiten. Sie berücksichtigte nicht die Verhältnisse an den einzelnen Orten. Manche Städte mit teuren Lebensverhältnissen kamen, weil sie früher einen zu niedrigen Vertragslohn hatten, in eine niedrige Lohnklasse, zum Teil waren sie auch noch durch die schematische Aufrundung benachteiligt.

Im August d. J. vereinbarten die Verbände des Holzgewerbes im Kriegsamt eine Erhöhung der Teuerungszulagen um 15 bis 20 Pfennig. Die von den Arbeitervertretern gleichzeitig angeregte, auch von den Unternehmern an sich für berechtigt anerkannte Revision der Klasseneinteilung der Städte wurde bis zum Herbst verschoben, um sie gelegentlich der Verhandlungen über die Verlängerung der Tarifverträge vorzunehmen. Bei der Durchführung dieser Absicht ergaben sich aber Schwierigkeiten. Die Kündigung der am 15. Februar 1918 ablaufenden Tarifverträge, die am 15. November erfolgen mußte, wurde sehr ernsthaft in Erwägung gezogen. Im letzten Augenblick einigten sich die Parteien aber auf die Hinausschiebung des Kündigungstermins bis zum 15. Dezember. In der Zwischenzeit wurden die Verhandlungen fortgesetzt, deren Resultat jetzt in dem neuen Tarifvertrage vorliegt.

Aus aller Welt.

Kohlen- und Lebensmittelschiebungen.

Berlin, 8. Dezember. Der Lokalanzeiger meldet aus Essen: Hier wurden gestern von Beamten des Kohlensyndikats mit Kohlenschiebungen verbundene Lebensmittelschiebungen aufgedeckt. Ganze Eisenbahnzüge mit Lebensmitteln sind verschoben worden, u. a. 10 000 Zentner Zucker, 35 Waggons Weißkohl, 600 Doppelzentner Weizenmehl.

Feuersbrunst.

Poitiers, 8. Dezember. (Havasmeldung.) Sonnabend vormittag ist in einer Fabrik in Migné-les-Bourdines in einer Werkstatt für Schiffsausrüstungsgegenstände ein Brand ausgebrochen. Ein Gebäude wurde zerstört. Mehrere Arbeiterinnen wurden getötet und an fünfzehn verwundet, darunter acht ziemlich schwer.

Die Katastrophe von Halifax.

London, 8. Dezember. (Reuter.) Nach den letzten Meldungen fand die Explosion in Halifax gestern morgen um 8 Uhr statt. Das Feuer verbreitete sich über die Landungsbrücken und benachbarten Gebäude. Die Hälfte des Distriktes Richmond, wo das Unglück sich ereignete, wurde verwüstet. Das Feuer dauert noch fort. Die Straßen sind voll von Leichen, die Hospitäler voll von Verwundeten. Zahlreiche Schwerverwundete, die kein Unterkommen finden können, irren durch die Straßen der Stadt. Kein Haus in Halifax blieb unbeschädigt. Der Sachschaden wird auf viele Millionen Dollar geschätzt. Wahrscheinlich wird es erst nach mehreren Tagen möglich sein, die telegraphische Verbindung wieder herzustellen. Das amerikanische Rote Kreuz schickte sofort Hilfe. Sonderzüge aus Neuyork, Boston und Portland mit Pflegern, Verbandsartikeln und anderen Hilfsmitteln sind unterwegs. Ein Drittel von Halifax liegt in Trümmern.

London, 8. Dezember. (Reuter.) Daily Mail meldet aus Neuyork, daß die Wirkung der gewaltigen Explosion weit über Halifax hinaus fühlbar war. In Dartmouth und längs der Küste der Bucht wurde großer Schaden angerichtet. In einer Entfernung von vier Meilen wurde ein Telegraphist an seinem Apparat getötet. Die schönsten Gebäude von Halifax sind erhalten geblieben. Die meisten Menschenleben gingen in dem Stadtteil Richmond verloren, der meistens aus kleinen Holzhäusern und engen Straßen besteht. Die Menschen wurden unter den Trümmern der Häuser zermalmt. Die entsetzliche Hitze der Gase, die infolge der Explosion entstanden war, setzte das Holz in Brand. Die Zahl der Toten wird wahrscheinlich nur annähernd festgestellt werden können, da von ganzen Familien nur verkohlte Gebeine übriggeblieben sind. Die Leiden der Obdachlosen werden durch die bittere Kälte noch verschlimmert. Das Gebiet, wo der Brand wütete, ist jetzt mit Eis bedeckt.

Nach einer weiteren Daily Mail-Meldung schätzt der Oberkommissar der Polizei in Halifax die Zahl der Toten auf über 2000. Es würden noch immer Leichen gefunden. In Halifax befanden sich keine Truppen, die auf Einschiffung warteten.

London, 9. Dezember. (Reuter.) Wie aus Montreal gemeldet wird, sind bei der Explosion in Halifax mehr als 2000 Personen getötet und 5000 verletzt worden. Ein Schneesturm vermehrte die Leiden der Unglücklichen; da keine geeigneten Räume vorhanden sind, werden die Toten in den Parkanlagen auseinandergeschichtet.

Ein Torpedoboot torpediert.

Washington, 8. Dezember. (Reuter.) Der amerikanische Torpedobootzerstörer Jacob Jones ist am Donnerstag in der Kriegszone torpediert worden. Ein großer Teil der Bemannung ist umgekommen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19171210/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG